



KURZPRESSESPIEGEL 17.11.2016

NRW

Der Bund gibt NRW jährlich 434 Millionen Euro zur Flüchtlingsintegration in den Städten. Das Land will das Geld behalten - die CDU kritisiert das.

NRW-CDU-Chef Armin Laschet appelliert an Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD), die 434 Millionen Euro, die der Bund dem Land NRW bis 2018 jährlich für die Kosten der Integration von Flüchtlingen zur Verfügung stellt, „auf schnellstem Wege“ an die Kommunen im Land weiterzuleiten. Die Landesregierung solle dem Landtag dafür einen dritten Nachtragshaushalt vorlegen.

Kraft betonte hingegen am Mittwoch, die so genannte Integrationspauschale des Bundes sei für die Länder gedacht. Die Landesregierung sei bei den Kommunen bereits deutlich in Vorleistung gegangen. „Wir sind solidarisch mit den Kommunen“, sagte die Ministerpräsidentin. Man habe die Städte und Gemeinden aber schon besser bedacht als es der Bundeszuschuss zugelassen hätte. Deshalb solle die Integrationspauschale aus Berlin im Landeshaushalt verbleiben.

WAZ Politik: Streit um Bundesgeld für Integration geht weiter

Das Land will Kommunen beim Klimaschutz und bei der Bewältigung extremer Wetterverhältnisse unterstützen. Ab sofort könnten Kommunen Fördermittel von insgesamt 100 Millionen Euro beantragen, kündigte Umweltminister Johannes Remmel (Grüne) beim Klimakongress in Wuppertal an.

WAZ Politik: Land hilft Städten beim Klimaschutz

Im Streit um die Herausgabe von aus Regierungssicht geheimen Unterlagen und Verbindungsdaten an den parlamentarischen Untersuchungsausschuss "Silvesternacht Köln" bereitet die CDU im Landtag eine Verfassungsklage gegen die rot-grüne Landesregierung vor.

Die Opposition will mit den Daten beweisen, dass die Landesregierung früher als von ihr behauptet über die Kölner Vorgänge informiert war. In der Silvesternacht wurden Hunderte Frauen von überwiegend nordafrikanischen Tätergruppen sexuell bedrängt und bestohlen. Schon am 1. Januar lagen den Behörden 200 Anzeigen vor. Dennoch will die Landesregierung erst am 4. Januar von den Vorgängen erfahren haben. Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) lässt die Herausgabe der Unterlagen aber verweigern, weil diese aus Sicht der Regierung unter Geheimhaltung stehen. Ein Sprecher bestätigte die Klageabsicht gestern auf Anfrage unserer Redaktion. Kurz darauf erklärte CDU-Obfrau Ina Scharrenbach per Pressemitteilung: "Nachdem die Ministerpräsidentin sich entgegen ihrem Versprechen abermalig verweigert hat, alles zur Aufklärung beizutragen, beantragen wir die Klage des Untersuchungsausschusses."

RP 1: CDU zieht Kraft vor Verfassungsgericht

Cristian Lindners Partei werden nach der jüngsten Prognose zwar nur sieben Prozent bei der Landtagswahl im Mai vorhergesagt. Doch wer den FDP-Chef reden hört, muss zu dem Schluss kommen, dass die Liberalen demnächst das Landesschiff steuern. „Die FDP will Rot-Grün ablösen“, sagt er. Und: Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) dürfe keine Verantwortung mehr für die Zukunft von Kindern und Jugendlichen in diesem Land haben. Wenn man sich Löhrmanns Schulpolitik ansehe, so sagt er, sei dies wie der Blick in einen Altglascontainer - ein einziger grüner Scherbenhaufen. „Von der Inklusion bis zur Vernachlässigung des Gymnasiums - Frau Löhrmann hat es einfach nicht im Griff.“

WZ Hier und Heute: Lindners muntere Attacken gegen Rot-Grün



Woher kommt die allenthalben wachsende Respektlosigkeit, die die Landesregierung nun sogar dazu gebracht hat, eine „Woche des Respekts“ auszurufen? Eine Aktion, bei der zur gegenseitigen Achtung und zum respektvollen Umgang miteinander geworben wird. Wie kommt es zu der zunehmenden Rücksichtslosigkeit etwa im Straßenverkehr, zu gewaltsamen Übergriffen gegen Polizisten und andere Amtsträger sowie zu psychischer und physischer Gewalt gegen Lehrer? Darauf hat auch Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) keine feststehende Antwort. Aber eine Vermutung.

In einer Pressekonferenz im Landtag sagte Kraft Mittwoch: „Ich glaube, in unserer Gesellschaft ist da etwas verrutscht. Grenzen sind immer weiter nach hinten geschoben worden. Da werden Dinge gesagt, die man früher nicht gesagt hat. Ich bin mir nicht sicher, welche Rolle dabei die sogenannten neuen Medien spielen und die dort zu findende Verrohung der Sprache - ich weiß nicht, ob das ausreicht als Erklärung.“ Ein Forschungsprojekt zu Gewalt gegen Einsatzkräfte gehe derzeit auch dieser Frage auf den Grund - Ergebnisse sollen zum Jahresende vorliegen.

WZ Tagesthemen: Was tun gegen den Respektverlust

Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)
Frankfurter Rundschau (FR)
Kölner Rundschau (KR)
Kölner Stadt-Anzeiger (KStA)
Die Welt (Welt)
Süddeutsche Zeitung (SZ)
Handelsblatt (HB)
Ruhr Nachrichten (RN)
Westfälische Rundschau (WR)
Rheinische Post (RP)

<http://www.faz.net>
<http://www.fr-online.de>
<http://www.rundschau-online.de>
<http://www.ksta.de>
<http://www.welt.de>
<http://www.sueddeutsche.de>
<http://www.handelsblatt.com>
<http://www.ruhr-nachrichten.de>
<http://www.westfaelische-rundschau.de>
<http://www.rheinische-post.de>